



Wie geht es nach den Landtagswahlen weiter?

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Leitartikels fanden gerade die Sondierungsgespräche zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU statt. Ob es zu Koalitionsverhandlungen und einem Koalitionsvertrag kommt, war ebenfalls nicht sicher.

Wir stellen uns die Frage, was auf uns zukommen wird, denn das Papier, auf dem Koalitionsverträge geschrieben werden, ist geduldig. Da spielt es keine Rolle, welche Farben der Einband hat und auch Wahlversprechen sind Schnee von gestern.

Eines ist aber sicher, nämlich die Nettonullverschuldung ist unumkehrbar. Dies haben die Sondierungsgesprächsführer Kretschmann und Strobl deutlich zum Ausdruck gebracht. Das bedeutet, dass, sollten die Einnahmen des Staates nicht ausreichen, wieder wir die Zeche zahlen werden. 2017 werden wir es ja erfahren, wie ernst man die Aussagen von 2015 noch nimmt.

Es wird auch spannend werden, wie man die Polizei für die Zukunft aufstellen möchte. Sollte es eine grün-schwarze Landesregierung geben, wäre der stärkere Koalitionspartner für die Zweigeteilte Laufbahn und der Juniorpartner dagegen (andere innerhalb der Polizei auch). Ebenso verhält es sich bei der Kennzeichnungspflicht. In Hessen war vor der Wahl die CDU gegen eine Kennzeichnungspflicht und hat dann dem dortigen Juniorpartner, den Grünen, nachgegeben.

Es wird spannend, wer sich bei uns durchsetzen wird.

Es wird auch interessant, wie der baden-württembergische Juniorpartner seine Wahlversprechen hinsichtlich der Polizeireform umsetzen will.

Klar, Koalitionsverhandlungen stellen Kompromisse dar, doch zahlreiche Themen liegen so diametral auseinander, weiter geht es nicht.

Auch im letzten Koalitionsvertrag waren Punkte und Versprechungen verankert, die von der letzten Regierung nicht in Angriff genommen wurden. Das bedeutet für uns, dass nicht alles was, wie auch immer, im Koalitionsvertrag stehen wird, auch in der 16. Legislaturperiode des Landtages zwangsläufig umgesetzt werden wird.

Gäbe es einen Automatismus zwischen Aussagen im Koalitionsvertrag und Regierungshandeln, wären wir schon deutlich weiter, so zum Beispiel bei dem Berufsbild der oder des Polizeifachangestellten.

Würde man Versprechen und Aussagen von vor der Wahl mit den Zeilen im Koalitionsvertrag vergleichen und dann am Ende der Legislaturperiode ein Resümee ziehen, so könnten wir manchen Politikern einen neuen Vornamen geben, und zwar Pinocchio!

Aber auch intern müssen wir umdenken. Wenn es zunächst seltsam klingt und nicht so gute Gedanken aufkommen lässt, wir brauchen einen Zehn- oder 20-Jahres-Plan, denn das Auf und Ab und Planen in Haushaltsjahren hat uns nichts gebracht.

Hätte die verantwortliche Politik vor Jahren auf die Hinweise der GdP gehört, hätte sie die Ratschläge von Heinrich Mayer, Rüdiger May oder Josef Schneider ernst genommen, stünde die Polizei des Landes nicht am personellen Abgrund und hätten sich viele Reformen und Umbauaktionen ersparen können.

Dass der Plan, die Innere Sicherheit nach haushälterischen Gesichtspunkten auszurichten und nach betriebswirtschaftlichen Lehrsätzen zu gestalten,



schiefgegangen ist, müsste nun jeder, der einigermaßen bei Verstand ist, kapiert haben. Deshalb müssen wir endlich weg von diesem Pseudomanagement-Getue, dem Balanced Scorecard-Gefasel und sonstigen, anscheinend wichtigen Worthülsen. Wir müssen die Kolleginnen und Kollegen wieder als solche und vor allem als Menschen sehen und nicht als Vollzeitäquivalente (VZä).

Wenn dann die verantwortliche Politik erkennt, wozu sie da ist, dann könnte es gelingen, dass zwischen Wahlversprechen und Regierungshandeln keine so große Lücke klafft wie in den letzten 20 Jahren.

Dafür müssen wir uns starkmachen, denn die Polizeibesetzten haben die Schnauze voll von der politischen Verbalaufrüstung und dem geheichelten Verständnis.

Dies alles gilt es der Politik und der Führung der Polizei klarzumachen, damit ein Umdenken erfolgen kann.

Eines ist jedenfalls sicher! Es wird uns nichts in den Schoß fallen und wir werden viele Abwehrkämpfe leisten müssen, um nicht noch mehr von dem, was wir haben, zu verlieren.

Um diese Kämpfe aber nur halbwegs erfolgreich bestehen zu können, müssen wir viele sein, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Euer Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe 2016 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 3. Juni 2016. Für die August-Ausgabe ist er am Freitag, dem 1. Juli 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

Dienstpostenbewertung und Delegiertentag

Zwei gewichtige Tagesordnungspunkte, die der GdP-Landesvorstand in seiner Sitzung am 23. März 2016 zu bearbeiten hatte.

Zum Delegiertentag wurden die weiteren Termine (siehe Artikel Delegiertentag), die vorläufige Tagesordnung und der Ablauf sowie der Delegiertenschlüssel beschlossen.

Zum Thema Dienstpostenbewertung hatten wir den Verantwortlichen für dieses Projekt, den stellvertretenden Landespolizeipräsidenten Dietrich Moser von Filseck eingeladen.

Herr Moser von Filseck betonte, dass das Projekt alles andere als vergütungssteuerpflichtig sei, das Innenministerium aber aufgrund der Rechtsprechung verpflichtet sei, eine Dienstpostenbewertung durchzuführen. Dies sei ein reines Beamtenthema, das sich an den Beamtengesetzen und an den Grundsätzen des Berufsbeamtentums festmache.

Zentraler Ausgangspunkt sei eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 2011, die bestimmte Vorgaben macht:

- nachdem es unterhalb der Besoldungsgruppe A 15, bei der es jetzt schon eine Einzelbewertung gibt, kein Bewertungstableau gibt, wurde bisher eine sogenannte Topfwirtschaft betrieben. Die Entscheidung schreibe vor, dass auch dort eine Bewertung stattfinden muss.
- Mehrere Ämter können gebündelt werden, wobei die Verwaltungsgerichte dem eher kritisch gegenüberstehen, deshalb muss auch innerhalb genau beschrieben und unterschieden werden. Eine Bündelung sei auch nur möglich, wenn ein sachlicher Grund dafür vorliegt, z. B. Massenverwaltung. Über drei Ämter hinweg sei grundsätzlich keine Bündelung möglich.
- Eine Bündelung über Laufbahngruppen hinweg sei nicht möglich.

Die Dienstpostenbewertung sei nichts Neues, bei anderen Behörden wie z. B. beim Reg.-Präs. Karlsruhe und beim LfV gebe es schon welche.

Das Projekt teile sich in fünf Querschnittsprojekte, Rechtsfrage, Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Stäbe und Nichtvollzug und es gibt sechs Projektgruppen.

Bezüglich der Stellenbündelung gibt es mehrere Überlegungen.

- Im mittleren Polizeivollzugsdienst sei eine Stellenbündelung von A 7 bis A 9 unproblematisch, lediglich A 9Z müsse aufgrund der herausragenden Funktion im Mittleren Dienst ausgenommen werden.
- Im gehobenen Dienst sei diskutiert worden, ob eine Bündelung der Beförderungsämtner (A 10 bis A 12) erfolgen sollte oder aber eine Bündelung von A 9 bis A 11, was letztendlich auch die Entscheidung war. A 9 sollte nicht als „Anfängeramt“ definiert werden im Hinblick auf die vielen Aufsteiger.

Zum Thema Dienstpostenbewertung seien bereits zwei Infobriefe gesteuert worden, die über die Arbeit des Projektes berichten.

Bei der anschließenden Fragerunde gab es doch mehr Fragen als Antworten.

Wie verhält es sich mit den Stellenbeschreibungen in den gebündelten Stellen, z. B. bei Dienstgruppenleitern mit kleinen, mittleren oder großen Dienstgruppen?

M. v. F.: Hier sei eine Differenzierung in Besoldungsgruppen möglich, die Ausschreibungen müssten wie zurzeit im höheren Dienst erfolgen. Die Problematik sei, wenn sich z. B. ein A11er und ein A12er auf eine mit A 12 bewertete Stelle bewerben.

Warum wird nicht die Chance genutzt, die Zweigeteilte Laufbahn einzuführen, nachdem es Gutachten gibt, die die Polizeiarbeit grundsätzlich dem gehobenen und höheren Dienst zuordnet?

Herr Moser von Filseck meinte dazu, dass die Dienstpostenbewertung damit nichts zu tun habe. Er sehe keine historische Chance für die Zweigeteilte Laufbahn. Die Forderung sei ein rein politisches Thema. Das Bundesverwaltungsgericht gehe von bestehenden Strukturen aus.

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



AUS DEM LANDESVORSTAND

Deshalb gebe es die Schaffung einer neuen Struktur, der Zweigeteilten Laufbahn durch die Dienstpostenbewertung nicht.

Bei der Kriminalpolizei gebe es viele Spezialisierungen. Sind Sonderregelungen in der Planung um etwaige Abwanderungen auf spartenfremde Beförderungsämter zu verhindern?

M. v. F.: Es gäbe keine Vorsteuerung in den jeweiligen Projektgruppen, entsprechende Beschreibungen z. B. in Wikri und Cyber seien allerdings denkbar. Aber je mehr mit Spezialisierung argumentiert werde, desto fraglicher ist die gerichtlich geforderte Massenverwaltung und somit die Möglichkeit der Stellenbündelung.

Wie sollen die Beschreibungen erfolgen, wenn bei der Schutzpolizei Beamte im mittleren Dienst und gehobenen Dienst zusammen im Streifenwagen sitzen und die gleichen Tätigkeiten ausüben?

M. v. F.: Deshalb haben die Projekte auch mit den Spitzenämtern A 13/A 12 und A 9Z angefangen, die Details dazu werden dann im Umsetzungskonzept Ende 2016 bekanntgegeben.

Was passiert, wenn ein A 13 in seiner Spitzenfunktion seine Tätigkeit nicht mehr ausüben kann?

M. v. F.: Eine Degradierung schließt Herr Moser von Filseck aus. Das sei



beamtenrechtlich nicht vorgesehen. In diesem Fall müsse eine sozialverträgliche Umsetzung stattfinden.

Wie wird ein Wissensverlust durch Abwanderung oder Bewerbung auf ein Beförderungsamt verhindert?

M. v. F.: Daran arbeiten die Projektgruppen noch. Grundgedanke sei aber, dass durch eine Beförderung auch ein Funktionswechsel stattfindet. Das sei ja bereits jetzt so.

Was passiert, wenn ein Kollege eine höherwertige Tätigkeit vor-

übergehend wahrnimmt, z. B. wegen Krankheit des Funktionsinhabers?

M. v. F.: Das Beamtenrecht sehe eine höhere Bewertung nicht vor. Die Besoldung richtet sich nach dem eingewiesenen Amt und nicht nach der Tätigkeit.

Im Landesvorstand war man sich einig, dass die weitere Arbeit und das Ergebnis des Projektes kritisch beobachtet wird.

wki

DELEGIERTENTAG**Gewerkschaft der Polizei – Eine für alle**

So wird das Motto unseres 25. Landesdelegiertentages lauten, der vom 15. bis 17. November 2016 in Kornwestheim stattfinden wird. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Momentan wird der Geschäftsbericht des Landesvorstandes erstellt. In seiner Sitzung am 23. März 2016 hat der Landesvorstand weitere wichtige Eckdaten beschlossen:

Donnerstag, 15. September, 18.00 Uhr:

Meldeschluss für die Delegierten, den Delegiertenschlüssel für die Bezirksgruppen hat der Landesvorstand am 23. März 2016 festgelegt.



Zur Vorbereitung des Geschäftsberichts wurden alle Digitalausgaben der letzten fünf Jahre ausgedruckt und gesichtet.

Mittwoch, 27. September 2016, 18.00 Uhr:

Antragsschluss, bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Anträge eingegangen sein, später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Da wir beim Landesdelegiertentag reformbedingt auch eine neue Satzung beschließen müssen und der satzungsgemäße Antragsschluss zu kurz war, hat der Landesvorstand in seiner Sitzung am 23. März 2016 den Antragsschluss auf den 27. September 2016 festgelegt. Wir wollen allen Gremien ausreichend Zeit geben, um ihre Satzungsanträge ausgiebig zu diskutieren und zu formulieren. wki



Sein Engagement galt den Schwächeren in der Gesellschaft

Mit Betroffenheit haben wir die Meldung über den Tod unseres Ehrenmitglieds Reinhold Kästel zur Kenntnis nehmen müssen. Er war ein außergewöhnlicher Mensch, dessen Grundeinstellung in der Arbeitswelt von der katholischen Soziallehre geprägt war. Davon war er sicher auch in den vielen Funktionen geleitet, die er im Kolpingwerk wahrgenommen hat.

Mit dieser ethischen Grundeinstellung ist er 1970 in die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eingetreten. Bei der damaligen LPD Nordbaden hatte er einige Jahre zuvor eine Anstellung als Revisor für Fernmeldewesen erhalten. 1971 war er bereits im Vorstand, ab 1978 dann stellvertretender Vorsitzender seiner Kreisgruppe. Dieses Amt nahm er bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden aus der Polizei 1995 wahr. Von 1976 bis 1984 vertrat Reinhold Kästel die Gruppe der Angestellten im Landesvorstand der GdP. Von 1984 bis 1996 war er einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP.

Für seine langjährige, erfolgreiche Tätigkeit in den Gremien der GdP erhielt er alle Ehrungen und Auszeichnungen des GdP-Landesbezirks. Mit seinem Ausscheiden aus dem geschäftsführenden Landesvorstand 1996 wurde ihm die Eh-



renmitgliedschaft des GdP-Landesbezirks verliehen.

Neben seinen Gewerkschaftsämtern hat er über viele Jahre die Gruppe der Angestellten im Personalrat seiner Dienststelle, im Bezirkspersonalrat beim RP Karlsruhe und im Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium vertreten. Von 1977 bis zu seinem Ausscheiden war er stellv. Vorsitzender im Bezirks- und im Hauptpersonalrat der Polizei.

1990 wurde Reinhold Kästel für seine herausragenden Leistungen

und sein überdurchschnittliches Engagement im sozialen Bereich mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. In seinem Antrags schreiben schrieb der damalige Landesvorsitzende Heinrich Meyer: „Sein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn veranlasste ihn stets auch in der Öffentlichkeit und gegenüber dem politischen Bereich auf Defizite in der Menschenführung und Versäumnisse in der Sicherheitspolitik hinzuweisen.“

Nur wer die Wirren und Unzulänglichkeiten unseres Tarifrechts und die Entwicklung des Landespersonalvertretungsrechts kennt, kann nachfühlen, was ein gewissenhaft arbeitender „Vertreter des Personals“ alles an Frust und vergebener Liebesmüh leisten musste, schrieb Hans Laurösch zum Renteneintritt von Reinhold Kästel im Juni 1995.

Für mich war Reinhold Kästel ein verlässlicher Kollege, dessen Sachkenntnis und Ratschläge immer ein Gewinn waren. Alle, die ihn gekannt haben, werden ihn nicht vergessen und ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Reinhold Kästel, der uns jetzt verlassen hat, war ein „Eckpfeiler“ seiner GdP.

Josef Schneider

Manfred Sterk, GdP-Bezirksgruppe Konstanz

Anfang März ist unser Mitglied Manfred Sterk verstorben.

Manfred Sterk ist am 1. April 1980 in die GdP eingetreten und wurde Anfang 2006 für 25-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Er wurde am 16. Februar 2002 in den Kreisgruppenvorstand der Kreisgruppe Konstanz als stellvertretender Vorsitzender gewählt und 2007 und 2012 wiedergewählt und führte das Amt bis zur Gründung



der GdP-Übergangsbezirksgruppe Konstanz.

Manfred Sterk war über lange Jahre im Personalrat der PD Konstanz und wurde 2011 als Beisitzer in den Landeskontrollausschuss gewählt. Aus gesundheitlichen Gründen hat er dieses Amt jedoch im März 2013 niedergelegt.

Wir trauern um einen Kollegen, den wir in guter Erinnerung behalten werden.

wki



PROJEKT SONDERKONTINGENT FÜR BESONDERS SCHUTZBEDÜRFTIGE FRAUEN

Ein Bericht von Martin Zerrinius, Stuttgart

Stuttgart – Erbil/Duhok (Kurdistan/Irak)

Als im August 2014 der sogenannte „Islamische Staat“ Teile des Nordiraks einnahm, den 73. Genozid am Volk der Jesiden verübte und Hunderttausende in die Flucht trieb, waren die Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien und dem arabischen Raum in Deutschland noch nicht absehbar. Auf das Schicksal der Jesiden aufmerksam gemacht, entschloss sich die baden-württembergische Landesregierung im Oktober 2014 zur zusätzlichen Aufnahme von 1000 besonders schutzbedürftigen Frauen und Kindern aus dem Nordirak, die Opfer traumatisierender Erfahrungen, insbesondere sexueller Gewalt, im Zu-

Für die Sicherheit der Teammitglieder vor Ort wurden seitens des Staatsministeriums alle erforderlichen Maßnahmen getroffen. Die Teammitglieder wurden für den Aufenthalt in Kurdistan von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg – Institut für Fortbildung – Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze vorbildlich vorbereitet. Informationen über die Sicherheitslage erhielt die Projektgruppe aktuell aus dem baden-württembergischen Innenministerium.

Neben der Registrierung der Frauen und Kinder in der Regionalhauptstadt Duhok, der Durchführung für das Visaverfahren, der medizinischen Untersuchung und dem Transport von Kurdistan nach Deutschland, mussten

2015 durch die Peschmerga-Truppen der Kurden, die Hitze im Sommer bis 50 Grad im Schatten, brachte auch die Teammitglieder an den Rand der psychischen und physischen Belastung.

In das Projekt aufgenommen wurden Frauen und Kinder nach einem Auswahlverfahren mit medizinischen und psychologischen Untersuchungen sowie der Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen. Besonders wichtig war für die Frauen und Kinder, neben dem Abschiednehmen von ihrer zerstörten Heimat, ein Besuch der heiligen Stätte der Jesiden in Lalish, die in der Regel mit einer Segnung ihres religiösen Oberhauptes, dem Baba

Fortsetzung auf Seite 6



Flüchtlingscamp



Projektteilnehmer vor Kirche in Sindjar

sammenhang mit dem bewaffneten Konflikt in Syrien und im Irak wurden. Laut Vorgabe sollte das Projekt, was den Transport der Menschen nach Baden-Württemberg betraf, bis Jahresende 2015 abgeschlossen sein.

Vor der sich täglich ändernden Sicherheitslage im Irak galt es, ein Team mit Freiwilligen zu finden, die bereit waren, die notwendigen Arbeiten im Irak durchzuführen. Nach einem Interessenbekundungsverfahren, an dem sich innerhalb weniger Tage mehr als 100 Bedienstete der Landesverwaltung meldeten, konnte ein elfköpfiges Team, die „Projektgruppe Sonderkontingent“ im Staatsministerium Baden-Württemberg, im Frühjahr 2015 die Arbeit aufnehmen. Zum Team gehörten u. a. ein Dozent einer Dualen Hochschule für psychisch Kranke und Suchtkranke, ein Religionswissenschaftler, ein Polizeibeamter sowie Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter aus den verschiedensten Bereichen der öffentlichen Verwaltung an.

Kommunen gefunden werden, die sich bereit erklärten, neben der Flüchtlingsaufnahme auch die therapeutischen Behandlungen zu organisieren. Im Krisengebiet vor Ort, der Autonomen Region Kurdistan/Irak, wurden die Teammitglieder mit den Auswirkungen von Krieg, Flucht und Elend konfrontiert. Der Besuch von mehreren Flüchtlingscamps in der Region Duhok, jedes zählt in der Regel zwischen 15 000 und 20 000 Bewohner, zeigte klar auf, weshalb heute, mehr als 1½ Jahre später, sich Hunderttausende aus dieser Region auf der Suche nach einer friedlichen Zukunft nach Europa begeben. Die Schilderungen der Frauen, die zum Teil die Erschießung ihres Mannes ansehen mussten, das Wissen und die Erzählung vom Verkauf der jungen Frauen und deren sexuellem Missbrauch, das Miterleben der Schicksale vieler Menschen im Nordirak, das Mitansehen der Trümmerstädte nach der Befreiung der Sindjar-Region im November

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

Polizeihauptkommissar

PP Aalen: Roland Schöning.

PP Reutlingen: Hartwig Hummel.

Polizeioberkommissar

PP Aalen: Marcel Endress.

PP Ludwigsburg: Carsten Lorenz.

Polizeihauptmeisterin mit Zulage

PP Ludwigsburg: Karen Seiter.

Polizeihauptmeister

PP Ludwigsburg: Sebastian Butz.

Polizeiobermeisterin

PP Ludwigsburg: Isabell Freund.

Es trat in den Ruhestand:

PP Konstanz: Norbert Berger.

Zusammengestellt von

Angelika Burckhardt



Fortsetzung von Seite 5

Sheikh, verbunden war. Mit zwei Koffern pro Person begann für insgesamt rund 1100 Menschen, nachdem die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein sich bereit erklärten, weitere Personen aufzunehmen, im Jahr 2015 und im Januar 2016 eine neue, hoffentlich friedliche Zukunft und die Aufarbeitung des Geschehenen. Für GdP-Mitglied Martin Zerrinius, stellvertretender Projektleiter im Sonderkontingent, ist nach seinen Aufenthalten im Nordirak eines klar: „Um weitere Flüchtlingsströme zu verhindern, muss dringend Hilfe vor Ort geleistet werden. Der Wiederauf-

bau der Städte und Gemeinden in Syrien und im Nordirak muss dabei an erster Stelle stehen, ebenso der Aufbau von Bildungseinrichtungen. Das Geld, was dort investiert wird, muss hier nicht mehrfach ausgegeben werden.“ Baden-Württemberg hat dies im Dezember 2015 aufgegriffen und eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit mit der Provinz Duhok unterzeichnet. Ziel der Kooperation ist es, vor Ort die Situation der Flüchtlinge und auch der einheimischen Bevölkerung zu verbessern.

Die Projektarbeit war gekennzeichnet von der Zusammenarbeit vieler Institutionen und Einrichtungen. Beteiligt waren die autonome Regierung Kurdis-

tans, das Auswärtige Amt, das Bundesinnenministerium, das Ministerium für Integration Baden-Württemberg, das Innen- und das Sozialministerium Baden-Württemberg, die Polizei, Kommunen, Stadt- und Landkreise, das deutsche Generalkonsulat in Erbil, das irakische Generalkonsulat in Frankfurt, die Staatskanzleien in Hannover und Kiel sowie die deutsche Botschaft in Bagdad. Mit einem Empfang mit rund 400 Personen im Neuen Schloss in Stuttgart bedankten sich der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Projektverantwortliche im Staatsministerium, Staatssekretär Klaus-Peter Murawski, bei allen Helferinnen und Helfern.

KOMMENTAR

Wer ist Arbeitgeber und wer Arbeitnehmer?

Solche Fragen werden bei uns immer wieder gerne von Führungskräften gestellt, vor allem wenn es darum geht, als was sich der oder die Einzelne fühlt.

Allein die Frage mutet schon selbst an, denn genau betrachtet gibt es innerhalb der große „Familie“ Polizei keinen Arbeitgeber, auch wenn es hier und da Menschen gibt, die sich dafür halten.

Vergleiche mit der Wirtschaft sind völlig daneben, auch vereinzelt vom mittleren Führungsmanagement oder Gesamtmanagement gesprochen wird oder wenn jemand so tut, als wäre er selbst Manager, bloß weil er sich der einen oder anderen Vokabel aus diesem Bereich bedient.

Weder der Dienstgruppenleiter noch der Revierleiter, der Direktionsleiter, der Präsident, der Inspekteur, der Landespolizeipräsident oder gar der Innenminister sind Arbeitgeber im eigentlichen Sinn.

Sie bemühen sich nicht darum, dass wir Aufträge und Arbeit bekommen, das macht der Bürger, der bei uns anruft und uns mitteilt, dass z. B. bei ihm eingebrochen wurde. Ist der Bürger nun unser Arbeitgeber? Eigentlich nicht, denn er „vermittelt“ lediglich, denn die Ursache hat der Einbrecher gesetzt. Ist jetzt der Straftäter der Arbeitgeber? Das wäre ja völlig schräg. Ich könnte nun die sog. Gewaltenteilung anführen, die Säulen müssten je-

dem von uns bekannt sein. Deshalb ist klar, wir gehören alle zur Exekutive, auch wenn manchmal der Eindruck entsteht, dass es einige gibt, die meinen Teil der Legislative zu sein.

Genau betrachtet sind wir alle abhängig Beschäftigte, nicht mehr oder weniger. Der eine hat allerdings mehr Gestaltungsmöglichkeit bzw. Freiraum als der andere. Ein Polizeipräsident hat seine Vorgaben aus Stuttgart und gibt diese zur Ausführung weiter. Bereits hier finden Definitionen statt, denn das eine oder andere kann ja so oder so verstanden werden.

Wenn es dann auf dem Revier ankommt, ist es schon ziemlich präzise und manchmal nur noch grob, mit dem was eigentlich zu Beginn der Überlegung war, identisch. Nun beginnen die revierinternen Definitionen und schon wird es hier und da noch wässriger.

Was machen nun die Kolleginnen oder Kollegen am vermeintlichen Ende der Leiter? Er oder sie nehmen die Notrufe entgegen, handeln danach, was Gesetze und Verordnungen vorschreiben und machen ihre Arbeit!

Was ist dann mit den Vorgaben des Managements? Um die kümmern wir uns, wenn wir genügend Zeit und Personal haben.

Vielleicht sollte dieser Managementmist etwas zurückgefahren und sich mehr um die Aufgabenerfüllung und die daran arbeitenden Menschen gekümmert werden. Um dies auch

gut machen zu können, sollte in bestimmten Ebenen das eigene Menschenbild überprüft werden, denn manche Verordnung zeigt deutlich, welches Bild über die Mitarbeiter vorhanden ist. Manche Verordnung oder Regelung ist auch ein Feigenblatt. Anstatt immer mehr PC-Programme zur Steuerung des täglichen Alltags und zur Überwachung der Beschäftigten zu entwickeln, immer mehr Meetings und Briefings durchzuführen, sollte man vielleicht ganz normal mit den Kolleginnen und Kollegen reden, ihre Sorgen und Nöte ernst nehmen und ihnen nicht erklären wollen, wie das Leben funktioniert.

Wir sind alles erwachsene Menschen und stehen mitten im Leben, erziehen Kinder und tragen Verantwortung. Dabei spielt die Anzahl und die Farbe der Sterne auf den Schultern keine Rolle. Wer Respekt einfordert, bekommt diesen, wenn er Respekt zollt.

Deshalb brauchen wir keine Unterteilung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer!

Euer Ignaz Schmitz

PS: Ich habe es jetzt am Beispiel der Schutzpolizei überlegt. Wer der Meinung ist, dass dies nur deren Problem ist, der irrt gewaltig. Es ist bei der Kriminalpolizei genauso ein Problem wie in der Verwaltung, bloß dass man dort die Managementzugehörigkeit nicht auf Anhieb sieht.



AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Heilbronn

Am 1. März 2016 hielt die Kreisgruppe HN die Jahreshauptversammlung 2015 ab, die wir wegen der anstehenden Landtagswahl in den Wahlkampf geschoben hatten. Neben den üblichen Tagesordnungspunkten wie z. B. Ehrungen trug Rüdiger Seidenspinner einen sehr informativen Beitrag zum aktuellen Stand der Landespolitik bei.

Außerdem hatten wir die Landtagsabgeordneten, bzw. -kandidaten aus den Wahlbezirken Heilbronn und Neckarsulm, Armin Waldbüßer (Grüne), Rainer Hinderer (SPD) und Alexander Throm (CDU), eingeladen. Diese sollten im direkten Vergleich miteinander auf acht zuvor übermittelte Fragen zu polizeilichen Themen Stellung beziehen und Antworten geben. Es ging um einen sogenannten „Wahl-Check“. Jeder Kandidat sollte die Pläne seiner Partei kundtun, im Falle seine Partei in Regierungsverantwortung kommt oder bleibt.

Es entwickelte sich eine lebhaft und zum Teil emotionale Diskussion, auch unter der Beteiligung von Rüdiger Seidenspinner und vielen GdP-Mitgliedern im Saal.

Die örtliche Zeitung „Heilbronner Stimme“ hat über diese Veranstaltung ausführlich berichtet.

Jürgen Heinrich, Armin Waldbüßer (Landtagskandidat der Grünen, Wahlbezirk Neckarsulm), Rainer Hinderer (Abgeordneter der SPD, Wahlbezirk HN), Alexander Throm (Abgeordneter der CDU, Wahlbezirk HN) (von links)



GEWERKSCHAFTSARBEIT

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

26. Februar 2016: Meinungs austausch zwischen Dr. Rösler (MdL Grüne) und dem GdP-Landesvorsitzenden über das Themenspektrum „Innere Sicherheit“.

1. März 2016: Gespräch des GdP-Landesvorsitzenden mit dem Leiter der Direktion Spezialeinheiten beim Polizeipräsidium Einsatz, Klaus Danner, über Probleme und ungelöste Fragen.

2. März 2016: Landesparteitag des SPD in Stuttgart; der stellv. Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein hat die GdP vertreten.

4. März 2016: CDU-Parteitag in Ettlingen, Hans-Jürgen Kirstein war dort.

9. bis 10. März 2016: Sitzung des geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes in Berlin.

10. März 2016: Delegiertenversammlung der Bundespolizei in Altensteig-Wart. Der stellv. Landesvorsitzende Wolfgang Kircher war vor Ort.

10. März 2016: Zum Thema „Flüchtlinge“ hatte Maybrit Illner zu einem Spezial verschiedene Gäste eingeladen. Neben vielen anderen Gästen, z. B. der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), dem MdB und CDU-Landesvorsitzenden und stellv. Bundesvorsitzenden Thomas Strobl und der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, MdB Bündnis 90/Die Grünen, war auch unser Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner dabei. 2,2 Millionen Menschen haben diese Sendung gesehen.

13. März 2016: Landtagswahlen in Baden-Württemberg, der Wahlausgang ist bekannt.

15. März 2016: DGB-Landesbezirksvorstandssitzung in Stuttgart, in der über die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Landtagswahlen diskutiert und spekuliert wurde, Wolfgang Kircher war dort.

21. März 2016: Der GdP-Landesvorsitzende führt ein Gespräch mit Prof. Dr. Uwe Wagschal von der Uni Freiburg, der sich als Politologe einen Überblick über die Situation bei der Polizei schaffen möchte

29. März 2016: Die GdP-Arbeitsgruppe Werbung und Betreuung im Polizeieinzeldienst hat getagt.

Anzeige

Es ist wieder soweit !
Auf geht's zur

23. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit

GdP - JUNGE GRUPPE -

Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.

Wann: In der ersten Woche der Sommerferien vom Sa. 30.07. – 06.08.2016

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Preis: Mitglieder 190 € / Nichtmitglieder 260 €

Im Preis enthalten:
1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt, und vieles mehr !

Anmeldeunterlagen anfordern über die
GdP-Service GmbH BW, Tel. 07042 / 879-0 oder info@gdp-bw.de

Informationen zur Jugendfreizeit: andyguehring@aol.com oder 0173 - 7809438
Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen



DTM

LAUT. NAH-DRAN.



DTM SAISON 2016

4 FÜR 3

**TICKET AKTION:
3 TICKETS ZAHLEN UND 4 BEKOMMEN
BUCHBAR ÜBER ONLINE SHOP**

CODE: dtm-K5s44

**BEZIEHT SICH AUF WOCHENENDTICKETS ALLER KATEGORIEN
SOWIE FAHRERLAGERTICKETS.
AKTION LÄUFT FÜR DIE GANZE SAISON.**

HOCKENHEIM
6.-8.5.2016

NORISRING
24.-26.6.2016

NÜRBURGRING
9.-11.9.2016

SPIELBERG
20.-22.5.2016

ZANDVOORT
15.-17.7.2016

BUDAPEST
23.-25.9.2016

LAUSITZRING
3.-5.6.2016

MOSKAU
19.-21.8.2016

HOCKENHEIM
14.-16.10.2016

**JETZT TICKETS
SICHERN: DTM.COM**

ADAC



Deutsche Post 



kfzteile24